

Antrag 92/II/2025

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für eine inklusive Gesellschaft: Abbau von Barrieren für Menschen mit (Hör-)Behinderung in Politik und Alltag – Teil 2

1
 2 **Ausschluss der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Al-**
 3 **ternative für Hörgeschädigte“ (AfH)**
 4 In der Gehörlosen-Community existiert mit der „Al-
 5 ternative für Hörgeschädigte“ (AfH) ein AfD-nahe-
 6 Netzwerk mit Online-Präsenz. Ziel der AfH ist es, In-
 7 klusion abzuschaffen und rechtsextreme Narrative
 8 zu verbreiten. Damit widerspricht sie klar der UN-
 9 Behindertenrechtskonvention. Unsere Haltung ist
 10 eindeutig: Barrierefreiheit und Inklusion gehören zusam-
 men.
 11 Wir schließen jede Zusammenarbeit mit der AfH, ih-
 12 ren Kanälen sowie mit Thomas Krämer (gehörloser AfD-
 13 Befürworter) aus.

14
 15
 16 **Barrierefreie Kommunikation bei Katastrophen**
 17 Während der Corona-Pandemie und bei Katastrophen wie
 18 im Ahrtal 2021 fehlte oft eine rechtzeitige und vollstän-
 19 dige Übersetzung in Deutscher Gebärdensprache (DGS).
 20 Auch aktuelle Extremwetterereignisse zeigen, dass barrie-
 21 refreie Informationen lebensnotwendig sind. Schriftsprache
 22 reicht nicht aus, da sie für viele Gehörlose wie ei-
 23 ne Fremdsprache ist – ohne DGS droht Informationsaus-
 24 schluss und damit Lebensgefahr.

25
 26 **Wir fordern:**
 27
 28 • Bereitstellung tauber oder hörender Gebärdensprachdolmetscher*innen bei Ansprachen der Bun-
 29 desregierung in TV und sozialen Medien. Beiträge
 30 müssen leicht auffindbar sein.
 31 • Fortführung der barrierefreien Berichterstattung zu
 32 Katastrophenschutz und Klimaschutz in DGS.
 33 • Umsetzung nach „Deaf Design“-Technologie, BITV
 34 2.0 und den Empfehlungen des DGB e.V.

35
 36
 37 **Barrierefreie Wissens- und Fernsehfilme in DGS**
 38 Viele Kinder und Jugendliche kennen und schätzen
 39 Wissenssendungen wie *Löwenzahn*, *Die Sendung mit der*
Maus oder *Checker Tobi*. Für gehörlose Kinder und Jugend-
 40 liche sind diese Inhalte aber oft nur eingeschränkt zu-
 41 gänglich, da Schriftsprache für viele wie eine Fremdspra-
 42 che wirkt. Untertitel allein reichen deshalb nicht aus –
 43 vollständige barrierefreie Angebote in Deutscher Gebär-
 44 densprache (DGS) sind notwendig, um Sprachdeprivation
 45 zu vermeiden und gleichberechtigte Teilhabe zu ermögli-
 46 chen. Positive Beispiele einzelner DGS-Übersetzungen zei-
 47 gen den Bedarf und das Potenzial. Barrierefreie Wissens-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Für eine inklusive Gesellschaft: Abbau von Barrieren für Menschen mit (Hör-)Behinderung in Politik und Alltag – Teil 2****Ausschluss der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Al-
ternative für Hörgeschädigte“ (AfH)**

In der Gehörlosen-Community existiert mit der „Al-
ternative für Hörgeschädigte“ (AfH) ein AfD-nahe-
Netzwerk mit Online-Präsenz. Ziel der AfH ist es, In-
klusion abzuschaffen und rechtsextreme Narrative
zu verbreiten. Damit widerspricht sie klar der UN-
Behindertenrechtskonvention. Unsere Haltung ist
eindeutig: Barrierefreiheit und Inklusion gehören zusam-
men.

Wir schließen jede Zusammenarbeit mit der AfH, ih-
ren Kanälen sowie mit Thomas Krämer (gehörloser AfD-
Befürworter) aus.

Barrierefreie Kommunikation bei Katastrophen

Während der Corona-Pandemie und bei Katastrophen wie
im Ahrtal 2021 fehlte oft eine rechtzeitige und vollstän-
dige Übersetzung in Deutscher Gebärdensprache (DGS).
Auch aktuelle Extremwetterereignisse zeigen, dass barrie-
refreie Informationen lebensnotwendig sind. Schriftsprache
reicht nicht aus, da sie für viele Gehörlose wie ei-
ne Fremdsprache ist – ohne DGS droht Informationsaus-
schluss und damit Lebensgefahr. **Selbstverständlich müs-
sen für alle Menschen mit unterschiedlichen Behinderun-
gen barrierefreie Informationen nach dem Zwei-Sinne-
Prinzip und in leichter Sprache schnell und vollständig ver-
fügbar sein.**

Wir fordern:

- Bereitstellung tauber oder hörender Gebärdensprachdolmetscher*innen bei Ansprachen der Bun-
desregierung in TV und sozialen Medien. Beiträge
müssen leicht auffindbar sein.
- Fortführung der barrierefreien Berichterstattung zu
Katastrophenschutz und Klimaschutz in DGS.
- Umsetzung nach „Deaf Design“-Technologie, BITV
2.0 und den Empfehlungen des DGB e.V.

Barrierefreie Wissens- und Fernsehfilme in DGS

Viele Kinder und Jugendliche kennen und schätzen
Wissenssendungen wie *Löwenzahn*, *Die Sendung mit der*
Maus oder *Checker Tobi*. Für gehörlose Kinder und Jugend-
liche sind diese Inhalte aber oft nur eingeschränkt zu-
gänglich, da Schriftsprache für viele wie eine Fremdspra-
che wirkt. Untertitel allein reichen deshalb nicht aus –
vollständige barrierefreie Angebote in Deutscher Gebär-
densprache (DGS) sind notwendig, um Sprachdeprivation

49 filme fördern nicht nur die Bildung, sondern können in Kri-
50 sen wie Naturkatastrophen lebensrettend sein.

51

52 **Wir fordern:**

53

- 54 • Kindersendungen in DGS bereitzustellen und ihre
55 Sichtbarkeit in Fernsehen und sozialen Medien (z. B.
56 durch PIN-Einstellungen, Werbebeiträge, Logos) zu
57 sichern.
- 58 • Auch Erwachsenen sendungen in DGS barrierefrei
59 zugänglich zu machen.
- 60 • Umsetzung nach „Deaf Design“-Technologie, BITV
61 2.0 und den Empfehlungen des Deutschen Gehörlo-
62 senbundes e.V.
- 63 • Finanzielle Unterstützung des Bundes, damit Wis-
64 sensfilme kontinuierlich barrierefrei (Untertitel und
65 DGS) produziert werden.

66

67 **Stell dir vor, der Arzt erzählt dir etwas, aber du verstehst
68 ihn nicht**

69 Menschen mit Hörbehinderungen haben das Recht, bei
70 ärztlichen Behandlungen in Deutscher Gebärdensprache
71 (DGS) oder mit geeigneten Kommunikationshilfen zu
72 kommunizieren. In der Praxis wird dieses Recht jedoch
73 häufig nicht umgesetzt: Dolmetscher*innen stehen oft
74 nicht zur Verfügung, und die Verantwortung wird auf Fa-
75 milienmitglieder abgewälzt. Dies belastet die Angehöri-
76 gen stark und gefährdet die Vertraulichkeit ärztlicher In-
77 formationen.

78 Da familiäre Unterstützung langfristig abnimmt, drohen
79 gehörlose Patient*innen zudem als „nicht entscheidungs-
80 fähig“ eingestuft zu werden, wenn Kommunikation schei-
81 tert. Um solche Situationen zu vermeiden, müssen Dol-
82 metscher*innen verfügbar sein und Ärzt*innen Grund-
83 kenntnisse in DGS erwerben. Auch alternative Kommu-
84 nikationswege müssen genutzt werden, bis eine Dolmet-
85 schung gewährleistet ist.

86

87 **Wir fordern:**

88

- 89 • Einsatz professioneller Gebärdensprachdolmet-
90 scher*innen zur Entlastung der Familien.
- 91 • Stärkung der Entscheidungsfähigkeit gehörloser Pa-
92 tient*innen durch sichere Kommunikationsmittel.
- 93 • Pflichtweiterbildung von Ärzt*innen in Grundkennt-
94 nissen und spezifischen Fachbegriffen der DGS.
- 95 • Übergang zu Präsenzdolmetschung, wenn Pati-
96 ent*innen die digitale Verdolmetschung ablehnen.

97 **Kultur und Geschichte Gehörloser fördern und Gebärdens-
98 sprache für Inklusion etablieren**

99 Die Geschichte Gehörloser ist durch Diskriminierung,
100 Ausgrenzung und Gewalt geprägt. Der Mailänder Kon-

zu vermeiden und gleichberechtigte Teilhabe zu ermögli-
chen. Positive Beispiele einzelner DGS-Übersetzungen zei-
gen den Bedarf und das Potenzial. Barrierefreie Wissens-
filme fördern nicht nur die Bildung, sondern können in Kri-
sen wie Naturkatastrophen lebensrettend sein.

Wir fordern:

- Kindersendungen in DGS bereitzustellen und ihre
Sichtbarkeit in Fernsehen und sozialen Medien (z. B.
durch PIN-Einstellungen, Werbebeiträge, Logos) zu
sichern.
- Auch Erwachsenen sendungen in DGS barrierefrei
zugänglich zu machen.
- Umsetzung nach „Deaf Design“-Technologie, BITV
2.0 und den Empfehlungen des Deutschen Gehörlo-
senbundes e.V.
- Finanzielle Unterstützung des Bundes, damit Wis-
sensfilme kontinuierlich barrierefrei (Untertitel und
DGS) produziert werden.

**Stell dir vor, der Arzt erzählt dir etwas, aber du verstehst
ihn nicht**

Menschen mit Hörbehinderungen haben das Recht, bei
ärztlichen Behandlungen in Deutscher Gebärdensprache
(DGS) oder mit geeigneten Kommunikationshilfen zu
kommunizieren. In der Praxis wird dieses Recht jedoch
häufig nicht umgesetzt: Dolmetscher*innen stehen oft
nicht zur Verfügung, und die Verantwortung wird auf Fa-
milienmitglieder abgewälzt. Dies belastet die Angehöri-
gen stark und gefährdet die Vertraulichkeit ärztlicher In-
formationen.

Da familiäre Unterstützung langfristig abnimmt, drohen
gehörlose Patient*innen zudem als „nicht entscheidungs-
fähig“ eingestuft zu werden, wenn Kommunikation schei-
tert. Um solche Situationen zu vermeiden, müssen Dol-
metscher*innen verfügbar sein und Ärzt*innen Grund-
kenntnisse in DGS erwerben. Auch alternative Kommu-
nikationswege müssen genutzt werden, bis eine Dolmet-
schung gewährleistet ist.

Wir fordern:

- Einsatz professioneller Gebärdensprachdolmet-
scher*innen zur Entlastung der Familien.
- Stärkung der Entscheidungsfähigkeit gehörloser Pa-
tient*innen durch sichere Kommunikationsmittel.
- Pflichtweiterbildung von Ärzt*innen in Grundkennt-
nissen und spezifischen Fachbegriffen der DGS.
- Übergang zu Präsenzdolmetschung, wenn Pati-
ent*innen die digitale Verdolmetschung ablehnen.

Kultur und Geschichte Gehörloser fördern und Gebärdens-

102 gress 1880 entzog ihnen das Recht auf Gebärdensprache
 103 und führte zu Jahrzehntelanger „Sprachdeprivation“. Unter
 104 dem Nationalsozialismus wurden Gehörlose verfolgt,
 105 zwangssterilisiert und in Konzentrationslager gebracht.
 106 Seit den 1980er-Jahren hat sich eine lebendige Gehörlosen-
 107 kultur entwickelt, die Identität und Sprache stärkt. Mit
 108 der rechtlichen Anerkennung der Deutschen Gebärdens-
 109 sprache wurde ein wichtiger Schritt vollzogen. Kultur, Er-
 110 innerung und soziale Absicherung gehören jedoch stärker
 111 in den Mittelpunkt staatlicher Förderung. Dies ist auch ei-
 112 ne Frage der Generationsgerechtigkeit: Ältere Gehörlose
 113 leiden bis heute unter den Folgen von Diskriminierung,
 114 jüngere brauchen bessere Unterstützung für ihr Engage-
 115 ment.

116

117 **Wir fordern, dass**

118

- 119 • die Erinnerungsstätte über den „Mailänder Kongress“ und die „grausame Lautsprachmethode“ in Berlin eingerichtet und ausgestellt wird, damit die Gesellschaft über die gehörlosen Menschen in ihrer Zeit und heute nachdenkt. Dort muss auch ein Ort für eine Schweigeminute sein. Es geht darum, die Folgen der Barrieren nach dem Mailänder Kongress zu mildern, sodass Barrierefreiheit für jüngere wie auch ältere Menschen gegeben wird.
- 120 • die Erinnerungskultur auch zum Nationalsozialismus umgesetzt wird, da Menschen mit Hörbehinderung zwangssterilisiert und in KZs gefangen wurden. Eine Erinnerungsstätte in Berlin muss eingerichtet und ausgestellt werden. Wir müssen uns an Personen wie David Bloch (gehörloser Künstler und ehemaliger tauber KZ-Häftling) erinnern.
- 121 • geprüft wird, ob das Ergebnis einer Antragsabstimmung zur Entschuldigung für den Oralismus gegenüber gehörlosen Menschen – die durch den Beschluss des Mailänder Kongresses betroffen waren –, zur Aufarbeitung der fehlenden Chancengleichheit sowie zur Opferentschädigung auch in Berlin, den Bundesländern und auf Bundesebene umgesetzt werden kann.

143

144 **Barrierefreie digitale Kommunikation – Dolmetsch-Apps für Videokonferenzen**

145 In den USA ermöglichen Apps wie *Convo for Zoom* oder *ZP for Zoom* bereits eine einfache und spontane Zuschaltung von Gebärdensprachdolmetscher*innen. Dadurch können Gehörlose ohne lange Vorausbuchungen barrierefrei an Meetings teilnehmen.

146 In Deutschland und Europa ist dieses Ziel noch weit entfernt, obwohl Videokonferenzen spätestens seit der Corona-Pandemie zum Alltag gehören – ob bei Arbeit, Schule, Familie oder Notfällen. Um gleichberechtigte Teil-

sprache für Inklusion etablieren

Die Geschichte Gehörloser ist durch Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt geprägt. Der Mailänder Kongress 1880 entzog ihnen das Recht auf Gebärdensprache und führte zu Jahrzehntelanger „Sprachdeprivation“. Unter dem Nationalsozialismus wurden Gehörlose verfolgt, zwangssterilisiert und in Konzentrationslager gebracht. Seit den 1980er-Jahren hat sich eine lebendige Gehörlosenkultur entwickelt, die Identität und Sprache stärkt. Mit der rechtlichen Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache wurde ein wichtiger Schritt vollzogen. Kultur, Erinnerung und soziale Absicherung gehören jedoch stärker in den Mittelpunkt staatlicher Förderung. Dies ist auch eine Frage der Generationsgerechtigkeit: Ältere Gehörlose leiden bis heute unter den Folgen von Diskriminierung, jüngere brauchen bessere Unterstützung für ihr Engagement.

Wir fordern, dass

- die Erinnerungsstätte über den „Mailänder Kongress“ und die „grausame Lautsprachmethode“ in Berlin eingerichtet und ausgestellt wird, damit die Gesellschaft über die gehörlosen Menschen in ihrer Zeit und heute nachdenkt. Dort muss auch ein Ort für eine Schweigeminute sein. Es geht darum, die Folgen der Barrieren nach dem Mailänder Kongress zu mildern, sodass Barrierefreiheit für jüngere wie auch ältere Menschen gegeben wird.
- die Erinnerungskultur auch zum Nationalsozialismus umgesetzt wird, da Menschen mit Hörbehinderung zwangssterilisiert und in KZs gefangen wurden. Eine Erinnerungsstätte in Berlin muss eingerichtet und ausgestellt werden. Wir müssen uns an Personen wie David Bloch (gehörloser Künstler und ehemaliger tauber KZ-Häftling) erinnern.
- geprüft wird, ob das Ergebnis einer Antragsabstimmung zur Entschuldigung für den Oralismus gegenüber gehörlosen Menschen – die durch den Beschluss des Mailänder Kongresses betroffen waren –, zur Aufarbeitung der fehlenden Chancengleichheit sowie zur Opferentschädigung auch in Berlin, den Bundesländern und auf Bundesebene umgesetzt werden kann.

Barrierefreie digitale Kommunikation – Dolmetsch-Apps für Videokonferenzen

In den USA ermöglichen Apps wie *Convo for Zoom* oder *ZP for Zoom* bereits eine einfache und spontane Zuschaltung von Gebärdensprachdolmetscher*innen. Dadurch können Gehörlose ohne lange Vorausbuchungen barrierefrei an Meetings teilnehmen.

In Deutschland und Europa ist dieses Ziel noch weit

155 habe zu sichern, braucht es vergleichbare technische Lösungen. Ein Dolmetsch-App muss die direkte Zuschaltung
 156 ermöglichen, von Bund und Ländern gefördert werden
 157 und eine einfache Kostenregelung enthalten. Auch andere
 158 Plattformen wie Jitsi, Teams oder Webex müssen in den
 159 Blick genommen werden.

161

162 **Wir fordern, dass**

163

- 164 • eine Zoom-App für Gebärdensprachdolmetscher*innen entwickelt wird. Bund und Länder sollen dieses finanziell und logistisch unterstützen.
 165 Das Videotelefon in Deutscher Gebärdensprache kann dies unterstützen, um mit den anderen Videokonferenzen zu verbinden.
- 170 • das Formular für die Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher*innen in den Bereichen Bildung, Arbeit und Familie vereinfacht wird.
- 173 • die technische Integration eines Gebärdensprach-
 174 Apps in andere Meeting-Plattformen wie Jitsi, Mi-
 175 crosoft Teams, Google Meet, Webex und GoToMeet-
 176 ing geprüft wird.

177

178 **Design for All – Barrierefreiheit im Altbau verankern**

179 Ein großer Teil des Berliner Wohnungsbestands stammt
 180 aus der Zeit vor 1948. Diese Wohnungen wurden ohne
 181 Rücksicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behin-
 182 derungen gebaut. Bis heute sind sie weitgehend nicht bar-
 183 rierefrei, was den Alltag erheblich erschwert. Der notwen-
 184 dige Umbau ist teuer und verursacht zusätzlichen büro-
 185 kratischen Aufwand für Betroffene, obwohl sie keine Ver-
 186 antwortung für den baulichen Mangel tragen.
 187 Eine inklusive Wohnungspolitik muss daher den barriere-
 188 freien Umbau von Altbauten systematisch fördern – ins-
 189 besondere in zentralen Lagen und in der Nähe von öffent-
 190 lichem Nahverkehr. Dabei geht es um Rampen, Aufzüge
 191 oder Plattformlifts, barrierefreie Küchen und Bäder sowie
 192 digitale Zugangssysteme. Solche Maßnahmen entlasten
 193 nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern kom-
 194 men auch einer alternden Gesellschaft zugute. Investitio-
 195 nen dürfen nicht zu höheren Mieten führen, sondern müs-
 196 sen sozial abgedeckt werden.

197

198 **Wir fordern, dass**

199

- 200 • das Land Berlin eine kluge Inklusionspolitik im Be-
 reich Altbau/Bestandswohnungen verfolgt. Dazu gehörten Maßnahmen für den Umbau der Bestands-
 201 wohnungen (zB. Förderprogramme), die gemein-
 202 sam mit den Verbänden der Menschen mit Behin-
 203 derungen, der Landesseniorenvertretung Berlin und
 204 dem Landesseniorenbeirat Berlin entwickelt wer-
 205 den;

206 entfernt, obwohl Videokonferenzen spätestens seit der Corona-Pandemie zum Alltag gehören – ob bei Arbeit, Schule, Familie oder Notfällen. Um gleichberechtigte Teil-
 207 habe zu sichern, braucht es vergleichbare technische Lösungen. Ein Dolmetsch-App muss die direkte Zuschaltung ermöglichen, von Bund und Ländern gefördert werden und eine einfache Kostenregelung enthalten. Auch andere Plattformen wie Jitsi, Teams oder Webex müssen in den Blick genommen werden.

Wir fordern, dass

- eine Zoom-App für Gebärdensprachdolmetscher*innen entwickelt wird. Bund und Länder sollen dieses finanziell und logistisch unterstützen.
 Das Videotelefon in Deutscher Gebärdensprache kann dies unterstützen, um mit den anderen Videokonferenzen zu verbinden.
- das Formular für die Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetscher*innen in den Bereichen Bildung, Arbeit und Familie vereinfacht wird.
- die technische Integration eines Gebärdensprach-
 Apps in andere Meeting-Plattformen wie Jitsi, Mi-
 crosoft Teams, Google Meet, Webex und GoToMeet-
 ing geprüft wird.

Design for All – Barrierefreiheit im Altbau verankern

Ein großer Teil des Berliner Wohnungsbestands stammt aus der Zeit vor 1948. Diese Wohnungen wurden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen gebaut. Bis heute sind sie weitgehend nicht barrierefrei, was den Alltag erheblich erschwert. Der notwendige Umbau ist teuer und verursacht zusätzlichen bürokratischen Aufwand für Betroffene, obwohl sie keine Verantwortung für den baulichen Mangel tragen.

Eine inklusive Wohnungspolitik muss daher den barrierefreien Umbau von Altbauten systematisch fördern – insbesondere in zentralen Lagen und in der Nähe von öffentlichem Nahverkehr. Dabei geht es um Rampen, Aufzüge oder Plattformlifts, barrierefreie Küchen und Bäder sowie digitale Zugangssysteme. Solche Maßnahmen entlasten nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern kommen auch einer alternden Gesellschaft zugute. Investitionen dürfen nicht zu höheren Mieten führen, sondern müssen sozial abgedeckt werden.

Wir fordern, dass

- das Land Berlin eine kluge Inklusionspolitik im Bereich Altbau/Bestandswohnungen verfolgt. Dazu gehörten Maßnahmen für den Umbau der Bestandswohnungen (zB. Förderprogramme), die gemeinsam mit den Verbänden der Menschen mit Behin-

- 208 • die Mieten nach dem barrierefreien Umbau nicht
 209 steigen.
 210

211 **Barrierefreie Filme und Bücher für gehörlose Kinder**

212 Nur etwa 10 % der gehörlosen Kinder wachsen mit gehör-
 213 losen Eltern auf und erleben dadurch barrierefreie Kom-
 214 munikation im Alltag. Für die große Mehrheit – Kinder ge-
 215 hörloser Eltern – fehlen solche Möglichkeiten. Filme und
 216 Bücher sind meist nicht in DGS verfügbar; Untertitel rei-
 217 chen nicht aus, da DGS für viele Kinder die primäre Spra-
 218 che ist.

219 Während in den USA Angebote in American Sign Lan-
 220 guage (ASL) längst verbreitet sind (z. B. über Disney+, PBS
 221 oder HBO Max), fehlen in Deutschland entsprechende An-
 222 gebote fast völlig. Dadurch verpassen gehörlose Kinder
 223 wichtige Geschichten und Inhalte oder sind auf Erklärun-
 224 gen Dritter angewiesen. Auch barrierefreie Kinderbücher
 225 in DGS gibt es bislang nur in sehr geringer Zahl. Das führt
 226 zu eingeschränktem Wortschatz und Benachteiligungen
 227 im weiteren Leben. Barrierefreie Filme und Bücher in DGS
 228 sind deshalb entscheidend für Bildung, Teilhabe und kul-
 229 turelle Entwicklung.

230

231 **Wir fordern, dass**

- 232
- 233 • Investitionen in barrierefreie Filme und Bücher in
 Deutscher Gebärdensprache (DGS) vom Bund und
 der EU getätigt werden.
 - 236 • Partnerschaften mit europäischen und demokra-
 tischen Filmindustrien für barrierefreie Angebote
 bzw. Projekte in DGS und in anderen Gebärdenspra-
 chen schrittweise entwickelt und erweitert werden
 müssen, um DVD-Verkäufe, Kinobesuche und Strea-
 mingangebote in Plattformen wie Disney+, Hulu,
 WOW und YouTube zu erleichtern.
 - 243 • die Produktion von DVDs ohne Gebärdenspracheop-
 tion eingestellt und stattdessen auf zusätzliche Ge-
 bärden sprachoptionen fokussiert wird.

247 **Bundesweites Gehörlosengeld einführen**

248 Derzeit zahlen nur sieben von 16 Bundesländern (Ber-
 249 lin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen,
 250 Sachsen-Anhalt und Thüringen) ein monatliches Gehörlo-
 251 sengeld. Die Beträge variieren erheblich – von 61,30 € in
 252 Sachsen-Anhalt bis zu 168,35 € in Berlin. Diese Ungleich-
 253 heit führt zu Benachteiligungen und mangelnder Teilha-
 254 be.

255 Ein bundesweit einheitliches Mindest-Gehörlosengeld ist
 256 notwendig, um allen gehörlosen Menschen gleiche Un-
 257 terstützung zu garantieren. Es muss regelmäßig ange-
 258 passt und so gestaltet sein, dass es barrierefreie An-
 259 schaffungen (z. B. visuelle Feuermelder, Tess-Relay-Kosten,
 260 DeafSpace-Möbel) ermöglicht. Zudem soll es mit dem per-

derungen, der Landesseniorenvertretung Berlin und
 dem Landesseniorenbeirat Berlin entwickelt wer-
 den;

- die Mieten nach dem barrierefreien Umbau nicht
 steigen.

Barrierefreie Filme und Bücher für gehörlose Kinder

Nur etwa 10 % der gehörlosen Kinder wachsen mit gehör-
 losen Eltern auf und erleben dadurch barrierefreie Kom-
 munikation im Alltag. Für die große Mehrheit – Kinder ge-
 hörloser Eltern – fehlen solche Möglichkeiten. Filme und
 Bücher sind meist nicht in DGS verfügbar; Untertitel rei-
 chen nicht aus, da DGS für viele Kinder die primäre Spra-
 che ist.

Während in den USA Angebote in American Sign Lan-
 guage (ASL) längst verbreitet sind (z. B. über Disney+, PBS
 oder HBO Max), fehlen in Deutschland entsprechende An-
 gebote fast völlig. Dadurch verpassen gehörlose Kinder
 wichtige Geschichten und Inhalte oder sind auf Erklärun-
 gen Dritter angewiesen. Auch barrierefreie Kinderbücher
 in DGS gibt es bislang nur in sehr geringer Zahl. Das führt
 zu eingeschränktem Wortschatz und Benachteiligungen
 im weiteren Leben. Barrierefreie Filme und Bücher in DGS
 sind deshalb entscheidend für Bildung, Teilhabe und kul-
 turelle Entwicklung.

Wir fordern, dass

- Investitionen in barrierefreie Filme und Bücher in
 Deutscher Gebärdensprache (DGS) vom Bund und
 der EU getätigt werden.
- Partnerschaften mit europäischen und demokra-
 tischen Filmindustrien für barrierefreie Angebote
 bzw. Projekte in DGS und in anderen Gebärdenspra-
 chen schrittweise entwickelt und erweitert werden
 müssen, um DVD-Verkäufe, Kinobesuche und Strea-
 mingangebote in Plattformen wie Disney+, Hulu,
 WOW und YouTube zu erleichtern.
- die Produktion von DVDs ohne Gebärdenspracheop-
 tion eingestellt und stattdessen auf zusätzliche Ge-
 bärden sprachoptionen fokussiert wird.

Bundesweites Gehörlosengeld einführen

Derzeit zahlen nur sieben von 16 Bundesländern (Ber-
 lin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen,
 Sachsen-Anhalt und Thüringen) ein monatliches Gehörlo-
 sengeld. Die Beträge variieren erheblich – von 61,30 € in
 Sachsen-Anhalt bis zu 168,35 € in Berlin. Diese Ungleich-
 heit führt zu Benachteiligungen und mangelnder Teilha-
 be.

Ein bundesweit einheitliches Mindest-Gehörlosengeld ist
 notwendig, um allen gehörlosen Menschen gleiche Un-
 terstützung zu garantieren. Es muss regelmäßig ange-

261 persönlichen Budget für Gebärdensprachdolmetscher*innen
 262 kombinierbar sein, um bürokratische Hürden zu reduzie-
 263 ren. Ein moderner, zweisprachiger Katalog (Deutsch/DGS)
 264 soll über das Gehörlosengeld informieren.

265

266 Wir fordern, dass

267

- 268 • das Mindest-Gehörlosengeld von einer politischen
 269 Initiative des Bundes eingeführt wird, um die Si-
 270 tuation in den restlichen Bundesländern, z. B.
 271 Schleswig-Holstein, zu verbessern.
- 272 • es bundesweit „einheitlich“ und mit bestim-
 273 mten Ausnahmen eingeführt wird. Das Landes-
 274 Gehörlosengeld darf nicht unter dem „einheitli-
 275 chen“ Gehörlosengeld liegen.
- 276 • das Mindest-Gehörlosengeld durch die Vorgabe des
 277 Bundes regelmäßig steigt und es gehörlosen Men-
 278 schen ermöglicht, für ihre eigenen Bedürfnisse
 279 zur gegenständlichen Barrierefreiheit wirtschaftlich
 280 auszugeben (z. B. visuelle Feuermelder, Tische für
 281 DeafSpace, Tess-Relay-Kosten im privaten Bereich).
- 282 • das Mindest-Gehörlosengeld mit dem persönli-
 283 chen Budget für Gebärdensprachdolmetscher*in-
 284 nen kombinierbar wird, damit gehörlose Menschen
 285 dies einmal mit geringem bürokratischem Aufwand
 286 beantragen können.
- 287 • mit einem modernen Katalog zum „Gehörlosen-
 288 geld“ des Bundes beigetragen wird, dass gehörlose
 289 Menschen sich in Deutsch und in DGS informieren
 290 können.

291

292

293

294

passt und so gestaltet sein, dass es barrierefreie An-
 schaffungen (z. B. visuelle Feuermelder, Tess-Relay-Kosten,
 DeafSpace-Möbel) ermöglicht. Zudem soll es mit dem per-
 sönlichen Budget für Gebärdensprachdolmetscher*innen
 kombinierbar sein, um bürokratische Hürden zu reduzie-
 ren. Ein moderner, zweisprachiger Katalog (Deutsch/DGS)
 soll über das Gehörlosengeld informieren.

Wir fordern, dass

- das Mindest-Gehörlosengeld von einer politischen
 Initiative des Bundes eingeführt wird, um die Si-
 tuation in den restlichen Bundesländern, z. B.
 Schleswig-Holstein, zu verbessern.
- es bundesweit „einheitlich“ und mit bestim-
 mten Ausnahmen eingeführt wird. Das Landes-
 Gehörlosengeld darf nicht unter dem „einheitli-
 chen“ Gehörlosengeld liegen.
- das Mindest-Gehörlosengeld durch die Vorgabe des
 Bundes regelmäßig steigt und es gehörlosen Men-
 schen ermöglicht, für ihre eigenen Bedürfnisse
 zur gegenständlichen Barrierefreiheit wirtschaftlich
 auszugeben (z. B. visuelle Feuermelder, Tische für
 DeafSpace, Tess-Relay-Kosten im privaten Bereich).
- das Mindest-Gehörlosengeld mit dem persönli-
 chen Budget für Gebärdensprachdolmetscher*in-
 nen kombinierbar wird, damit gehörlose Menschen
 dies einmal mit geringem bürokratischem Aufwand
 beantragen können.
- mit einem modernen Katalog zum „Gehörlosen-
 geld“ des Bundes beigetragen wird, dass gehörlose
 Menschen sich in Deutsch und in DGS informieren
 können.